

AKTUELL

EU-SONDERTAGUNG ZUR MIGRATION

Gipfel der Drohgebärden

Thorsten Fuchshuber

Beim Sondergipfel des Europäischen Rats Ende vergangener Woche in Brüssel wurde in Migrationsfragen vor allem rhetorisch aufgerüstet. Doch man möchte den Worten möglichst auch Taten folgen lassen. Kooperationsunwilligen Drittstaaten wird ganz unverhohlen gedroht.

Rund 2.000 Kilometer Sperrzaun und befestigte Grenzanlagen wurden entlang der EU-Außengrenzen bislang aufgerichtet. Doch wenn es nach dem Wunsch der Scharfmacher in der EU geht, gibt es bald noch viel mehr davon. Es war unter anderem Österreichs Bundeskanzler Karl Nehammer, der bei der außerordentlichen Tagung des Europäischen Rates am 9. Februar in Brüssel dafür warb, neue Zäune hochzuziehen, etwa zwischen Bulgarien und der Türkei, direkt finanziert aus Mitteln der EU. Und es ist wohl vor allem dem deutschen und luxemburgischen Widerstand zu verdanken, dass diese Forderung in den offiziellen Schlussfolgerungen der Sitzung nicht zurückbehalten wurde.

Dennoch war die Art, wie vergangene Woche unter den Regierungen der EU-Mitgliedstaaten über Migration gesprochen wurde, ganz nach dem Geschmack der Rechten. Deutlich wahrnehmbar war auch der Zungenschlag der liberal-konservativen schwedischen Regierung, die derzeit turnusmäßig den Vorsitz im EU-Rat innehat und zuhause nur dank der Duldung durch die migrationsfeindlichen „Schwedendemokraten“ regiert. Es gelte, „alle verfügbaren Politiken, Werkzeuge und Instrumente, einschließlich Entwicklungshandel und Visa, als Hebel einzusetzen, um die Wirksamkeit der EU-Rückkehrpolitik zu erhöhen“, so Schwedens Migrationsministerin Maria Malmer Stenergard bereits vor der Sondertagung, und ihre Forderung hat es dann auch nahezu im Wortlaut in den Schlusstext geschafft.

Das bedeutet im Klartext, dass man Ländern und Drittstaaten, die sich weigern, von dort stammende beziehungsweise von dort aus in die EU eingereiste abgelehnte Asylsuchende zurückzunehmen, gehörig Druck machen will; auf finanzieller Ebene, etwa bei Handel und Entwicklungshilfe, aber auch durch „restriktive Visamaßnahmen“, sofern die betreffenden Länder „bei der Rückkehr nicht kooperieren“. Entsprechende Maßnahmen soll die EU-Kommission auf Geheiß des Rats nun prüfen.

Mit solchen Methoden will man die Zahl der erfolgreichen Abschiebungen

abgelehnter Asylbewerber*innen massiv erhöhen. Die Quote liegt derzeit nämlich bei 22 Prozent, wie Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen Anfang Februar bedauernd konstatierte. Dazu zählt auch der Beschluss, dass die einzelnen Mitgliedstaaten Asylverfahren, die mit einer Ablehnung enden, künftig „gegenseitig anerkennen“ und so den rechtlichen Spielraum der Betroffenen weiter reduzieren.

Rechte in Partylaune

Um zu verhindern, dass Flüchtlinge überhaupt in die Europäische Union gelangen, sollen Drittstaaten noch mehr eingespannt werden als dies bislang schon der Fall ist. Hier ist viel von „vorteilhaften Partnerschaften“ und „angemessenen Ressourcen“ die Rede, tatsächlich aber wohl eine Mischung aus Bestechung und Erpressung gemeint. Angesichts einer solchen Programmatik wird es kaum mehr überraschen, wenn Kooperationen wie jene zwischen Frontex und den als „Küstenwache“ deklarierten libyschen Banden künftig weiter Schule machen (siehe den Artikel „Bündnis mit den Banden“ in woxx 1685).

Kein Wunder auch, dass sich die europäischen Rechte angesichts solcher Töne in Partylaune zeigt. Alle migrationspolitischen Forderungen seiner politischen Gruppe fänden sich in der Abschlusserklärung wieder, so Tobias Teuscher, der stellvertretende Geschäftsführer der rechtsextremen Fraktion „Identität und Demokratie“ (ID) im EU-Parlament, bei einer Pressekonferenz.

Bereits vor dem Sondergipfel hatte der Europäische Rat für Flüchtlinge und Exilierte (ECRE) kritisiert, dass auch „EU-Technokraten“ und sogar manche Progressive bei der migrationspolitischen „Panikmache“ der Rechten mitspielten. Grund dafür ist der Organisation zufolge „der Trugschluss, dass es in der EU eine Krise geben muss, ehe etwas in Bewegung kommt“. Zugleich erinnerte der ECRE daran, dass der von der EU-Kommission als dramatisch hoch präsentierten Zahl von 924.000 Asylgesuchen im Jahr 2022 (eine Erhöhung um 46 Prozent gegenüber dem noch durch die Pandemierestriktionen geprägten Vorjahr) die acht Millionen in der EU untergekommenen Flüchtlinge aus der Ukraine gegenüberstünden: „Das war zwar eine große Herausforderung, aber die EU reagierte darauf weitgehend ohne Panik.“

SHORT NEWS

Verkaufsverbot für Verbrennerautos ab 2035

(ja) – Am vergangenen Dienstag beschloss das Europaparlament ein Verkaufsverbot für Neuwagen mit Verbrennungsmotor ab dem Jahr 2035. Die durchschnittlichen Emissionen müssen aber davor schon sinken: Bis 2030 müssen die Durchschnittsemissionen von Neuwagen um 55 Prozent gesenkt werden, jene von leichten Nutzfahrzeugen um die Hälfte. Der Durchschnitt bezieht sich auf jene Fahrzeugflotte, die ein Hersteller verkauft. Dieser ist somit angehalten, möglichst viele emissionsarme oder Elektroautos zu verkaufen. Im Vorfeld der Abstimmung hatte vor allem Deutschland darauf gepocht, dass sogenannte Synthfuels ebenfalls als CO₂-freier Antrieb gelten sollen. Die synthetischen Kraftstoffe, die mit hohem Energieaufwand hergestellt werden, können theoretisch CO₂-neutral sein. Das Parlament hat sich allerdings nur darauf geeinigt, die Zulassung von Synthfuels als klimaneutrale Kraftstoffe 2026 noch einmal zu prüfen. Wer nach 2035 unbedingt weiter einen Verbrenner fahren will, sollte mit dem Sparen anfangen: Die sogenannte „Ferrari-Ausnahme“ gilt für Hersteller, die weniger als 10.000 Autos im Jahr produzieren. Sie dürfen weiterhin Fahrzeuge mit Verbrennungsmotoren verkaufen. Die luxemburgische EU-Abgeordnete Tilly Metz (Déi Gréng) begrüßte das Resultat der Abstimmung. Sie gab aber zu bedenken, dass die Ambitionen der EU-Kommission bei der anstehenden Regulierung von Lastwagen und Bussen zu gering seien.

Klima-Entwicklungshilfe der EU war ein Flop

(ja) – Die von der EU 2007 gestartete „Globale Allianz gegen den Klimawandel“ blieb hinter die an sie gestellten Erwartungen zurück. So urteilte der Europäische Rechnungshof in einem Sonderbericht, der am vergangenen Mittwoch veröffentlicht wurde. 729 Millionen Euro wurden demnach zwischen 2007 und 2020 für Entwicklungsprojekte ausgegeben, die in vom Klimawandel besonders betroffenen Ländern des globalen Südens angesiedelt sind. Damit soll den mehr als siebzig Ländern geholfen werden, sich besser an die Auswirkungen des Klimawandels anzupassen. Der Fokus lag zudem auf Wissensaustausch und Unterstützung beim Klimaschutz sowie auf der Katastrophenvorsorge. Es gebe jedoch kaum Belege dafür, dass die EU-Initiative die Widerstandsfähigkeit dieser Länder gegenüber dem Klimawandel gestärkt habe, so die Prüfer*innen des Rechnungshofs. Die erwartete zusätzliche Finanzierung durch EU-Länder und die Privatwirtschaft sei ausgeblieben, was zu einer erheblichen Finanzierungslücke geführt habe. Dadurch erhielten die am stärksten gefährdeten Länder verhältnismäßig weniger finanzielle Unterstützung. Das Geld sei vor allem in den Aufbau institutioneller Kapazitäten geflossen, nicht aber in konkrete Maßnahmen und Hilfen für die Bevölkerung. Der Rechnungshof kritisiert auch, dass sich die ärmsten Haushalte einige der angebotenen Aktivitäten nicht hätten leisten können, da sie zum Beispiel Transportkosten nicht bezahlen konnten. Die Bedürfnisse von Frauen, die oft stärker unter den Auswirkungen des Klimawandels leiden, seien nur selten berücksichtigt worden.

Kunsthfreiheit in Europa im Schlaglicht

(is) – Ist die Kunstfreiheit in Europa in Gefahr? Das dürfte für den Europarat eine rhetorische Frage sein, denn der Bericht „Free to Create: Artistic Freedom in Europe“, den er diese Woche veröffentlichte, macht deutlich: Ja, das ist sie. Die Studie stützt sich unter anderem auf die Analysen von Freemuse – einer NGO mit Sitz in Kopenhagen, die die Kunstfreiheit weltweit in Augenschein nimmt. Diese sei heute unter anderem durch politischen Extremismus, Krieg in Europa, Wirtschaftskrisen und die Pandemie stark gefährdet. 2021 stellte Freemuse 402 Verletzungen der Kunstfreiheit in 28 europäischen Ländern fest, allen voran in der Türkei, Russland und Belarus. Das entspricht 32 Prozent der Vorfälle weltweit und somit dem Großteil der nachgewiesenen Angriffe auf die Kunstfreiheit. 61 der betroffenen Künstler*innen in Europa wurden dabei nicht etwa nur zensiert, sondern strafrechtlich belangt und landeten hinter Gittern. Global gesehen handelt es sich bei den Künstler*innen vorwiegend um Regierungskritiker*innen. Im Bericht des Europarates wird indes auf die Schwierigkeit hingewiesen, Kunstfreiheit zu dokumentieren, besonders in autoritären Staaten, in denen die freie Meinungsäußerung unterdrückt werde. Während Informationen über körperliche Angriffe, Verurteilungen und juristische Prozesse tendenziell gut erfasst würden, seien andere Aktionen schwer messbar, wie etwa Hetzkampagnen auf Social Media oder Drohungen durch Privatpersonen. Wichtig zu erwähnen ist an dieser Stelle auch, dass der Bericht klar zwischen Kunstfreiheit und diskriminierenden Werken unterscheidet. Der vollständige Bericht steht auf der Internetsite des Europarats zum Download zur Verfügung; der Jahresbericht von Freemuse ist auf der Website der NGO einsehbar.